

Raus aus dem Rathaus

Dialog mit Nachhaltigkeitsinitiativen

Zusammenfassung:

- Dieses Kurzdossier untersucht neue Wege der Zusammenarbeit zwischen Kommunalregierungen und lokalen Nachhaltigkeitsinitiativen.
- Im Gespräch mit Initiativen können Kommunalregierungen den Wandel in ihrer Gemeinde aktiv mitgestalten.
- Neue Formen der Kooperation, wie die ‚Community Arena‘ können Regierungsvertretern und engagierten Bürgern ermöglichen, gemeinsam Wege hin zu einer nachhaltigen Gemeinde zu entwickeln.
- Die Akteure sollten sich in offenen Prozessen ohne vorherige Agenda als Individuen treffen— und nicht als Vertreter ihrer Institutionen.
- Visionen für eine wünschenswerte Zukunft können die unterschiedlichsten Gruppen zusammenbringen, neue Ideen und Experimente hervorbringen und als Leitfaden für die tägliche Arbeit dienen.

Autoren:

Ralph Piotrowski
Susanne Langsdorf
Ania Rok

Mitwirkende:

Julia Wittmayer
Katharina Umpfenbach



WIE KÖNNEN WIR DAS POTENZIAL DER KOMMUNEN FÜR EINE UMFASSENDE GESELLSCHAFTLICHE TRANSFORMATION NUTZEN? DAS INCONTEXT-PROJEKT

InContext hat Rahmenbedingungen identifiziert, die die Transformation zu einer umweltfreundlichen, ökonomisch erfolgreichen und kulturell vielfältigen Zukunft ermöglichen können. Es war das Ziel des Projekts besser zu verstehen, wie nachhaltiges Verhalten durch ein Zusammenspiel unterschiedlicher externer Bedingungen (z. B. soziale Normen, politische Vorgaben und Infrastruktur) und individueller Faktoren (z. B. Werte und Weltanschauungen) geformt wird. Es wurden vier Fallstudien und drei Pilotprojekte durchgeführt: Die Fallstudien beschäftigten sich mit Nischen, in denen alternative Energie- und Ernährungspraktiken bereits heute angewendet werden. Die Pilotprojekte entwickelten einen innovativen Prozess zur Einbeziehung von Bürgern, die ‚Community Arena‘, und wendeten diesen in drei Gemeinden an. In den Prozessen entwickelten die Beteiligten gemeinsam eine Zukunftsvision für ihre Gemeinde und machten erste Schritte in Richtung Umsetzung.

Das Drei-Jahres-Projekt wurde vom Ecologic Institute, Dutch Research Institute for Transitions (DRIFT), ICLEI- Local Governments for Sustainability, dem Institut für Land- und Forstwirtschaft der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN), Sustainable Europe Research Institute (SERI), der technischen Universität Delft (TU-Delft), dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) und der Freien Universität Brüssel (ULB) durchgeführt.

1 Die Zeiten ändern sich

Weiterführende Literatur:
Alternative collective consumption
and production niches. Case Study
Synthesis Report

Gemeinden verändern sich. Von städtischem Gärten und Tauschnetzwerken bis zu Bürgerwindparks: Nachhaltigkeitsinitiativen entstehen überall in Europa auf der Suche nach neuen Antworten auf die drängenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die Ziele des Engagements können sehr konkret sein, beispielsweise die Aufwertung einer verlassenen Innenstadt oder Schaffung eines Marktes für lokal erzeugte Nahrungsmittel. Die Themen sind jedoch mit den größeren gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit verbunden. Wie kann in einer alternden Gesellschaft und in einer lang anhaltenden Wirtschaftskrise Zukunft gestaltet werden? Wie verorten sich Dörfer und Städte in einer Welt, die enormen Druck auf die Umwelt ausübt und gleichzeitig immer noch von tiefer Ungerechtigkeit geprägt ist?

Kommunalregierungen haben in den letzten Jahrzehnten viel Erfahrung mit der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern gesammelt. In diesen Prozessen geben Kommunalregierungen oft die Richtung vor: Sie schlagen eine Agenda vor, laden Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein. Sie definieren den Prozess und manchmal sogar die gewünschten Ergebnisse, wie z. B. die Zustimmung für eine neue Straße oder einen Stadtentwicklungsplan. Andere Beteiligungsverfahren haben eine breitere Ausrichtung, z. B. die Lokale-Agenda-21-Prozesse, die in vielen Gemeinden schon seit den 1990ern laufen. Erfolgreiche öffentliche Beteiligungsprozesse zu organisieren, ist nicht einfach. Leere Stuhlreihen und die „üblichen Verdächtigen“, die dieselben Themen immer und immer wieder ansprechen, sind all jenen ein vertrautes Bild, die vor Ort für die Umsetzung der Beteiligung verantwortlich sind.

Dieses Kurzdossier stellt neue Ansätze vor, wie die Kooperation zwischen Nachhaltigkeitsinitiativen und Kommunalregierungen gestaltet werden kann. Er baut auf den Erfahrungen auf, die während des InContext-Projekts gesammelt wurden. Das Team untersuchte vier Nachhaltigkeitsinitiativen in den Bereichen Nahrungsmittel und Energie und initiierte drei Transformationsprozesse. Die Transformationsprozesse wurden mit der Methode der ‚Community Arena‘ gestaltet. Aufbauend auf den Methode des ‚Transition Management‘ arbeiteten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit engagierten Bürgern zusammen, um eine Zukunftsvision und -agenda für eine nachhaltige Gemeinde zu entwickeln. Zusätzliche Erkenntnisse entstanden durch den intensiven Austausch mit Kommunalvertreterinnen und -vertretern in drei Workshops.

2 Warum sollten Kommunalregierungen mit Initiativen zusammenarbeiten?

Die Zusammenarbeit
mit Bürgerinitiativen hilft
Kommunalregierungen
relevant zu bleiben und
Veränderungen mitzuges-
talteten

Nachhaltigkeitsinitiativen „von unten“ helfen dabei, gesellschaftliche Transformation anzustoßen und ihr eine Form zu geben. Manche Initiativen entstehen aus dem Wunsch heraus, etwas zum Wohl der Beteiligten oder der Gemeinde beizutragen, während andere ein Ausdruck der wachsenden Unzufriedenheit mit dem aktuellen Produktions- und Konsumsystem sind. In einigen Fällen entstehen Projekte in Zusammenarbeit mit Kommunalvertreterinnen und -vertretern, oft aber bilden sie sich ohne die Unterstützung oder Anerkennung der Gemeinde.

Kommunalregierungen können dabei die Rolle eines Zuschauers, eines Passagiers oder des Fahrers einnehmen. Sie können entstehende Projekte einfach

ignorieren, versuchen deren Aktivitäten zu lenken oder zu institutionalisieren, oder sie können einen konstruktiven Dialog auf Augenhöhe suchen. Die Ergebnisse des InContext-Projekts deuten darauf hin, dass es Vorteile für beide Seiten hat, wenn man den gemeinsamen Dialog sucht.

DIE KOMMUNALREGIERUNG ALS ‚ZUSCHAUER‘ DES WANDELS

Initiativen werden immer von der öffentlichen Hand beeinflusst

Nachhaltigkeitsinitiativen werden immer durch die Entscheidungen der Kommune beeinflusst. Selbst wenn sie sich ohne öffentliche Unterstützung entwickeln, sind diese Gruppen an lokale, nationale und europäische Regeln gebunden. Die biodynamische Farm zum Beispiel, die im Rahmen von InContext untersucht wurde, erhielt europäische Agrarsubventionen und musste sich an die damit verbundenen Regeln halten. Genauso unterliegen Investitionen in erneuerbare Energien durch Kooperativen nationalen und lokalen Genehmigungsverfahren und vielen anderen Regeln.

Zusätzlich zu Gesetzen hat auch die Gestaltung des öffentlichen Raumes großen Einfluss auf Nachhaltigkeitsinitiativen. Wird landwirtschaftliche Nutzfläche in Baugrund umgewidmet oder steht sie der biologischen Landwirtschaft zur Verfügung? Wird das Gemeindezentrum als öffentlicher Tagungsort erhalten oder wird das Gebäude an einen privaten Investor verkauft? Ohne Kommunikation können sich die Kommunalregierungen weder über die Probleme der Initiativen informieren, noch werden die Projekte die Unterstützung bekommen, die sie brauchen.

Einige Initiatoren haben nicht das Bedürfnis, mit der Kommune zusammenzuarbeiten oder versuchen sogar, dies zu vermeiden, um keine Konflikte zu erzeugen. In diesen Fällen ist eine vorsichtige Annäherung oder manchmal sogar bewusste Nichteinmischung ratsam. Der Fokus sollte darauf liegen, sich auf gleicher Augenhöhe auszutauschen und Vertrauen aufzubauen.

Weiterführende Literatur:
Empirical case study report

DIE KOMMUNE ALS AKTEUR DES WANDELS

Die Zusammenarbeit von Kommunen und Nachhaltigkeitsinitiativen kann für beide Seiten von Vorteil sein

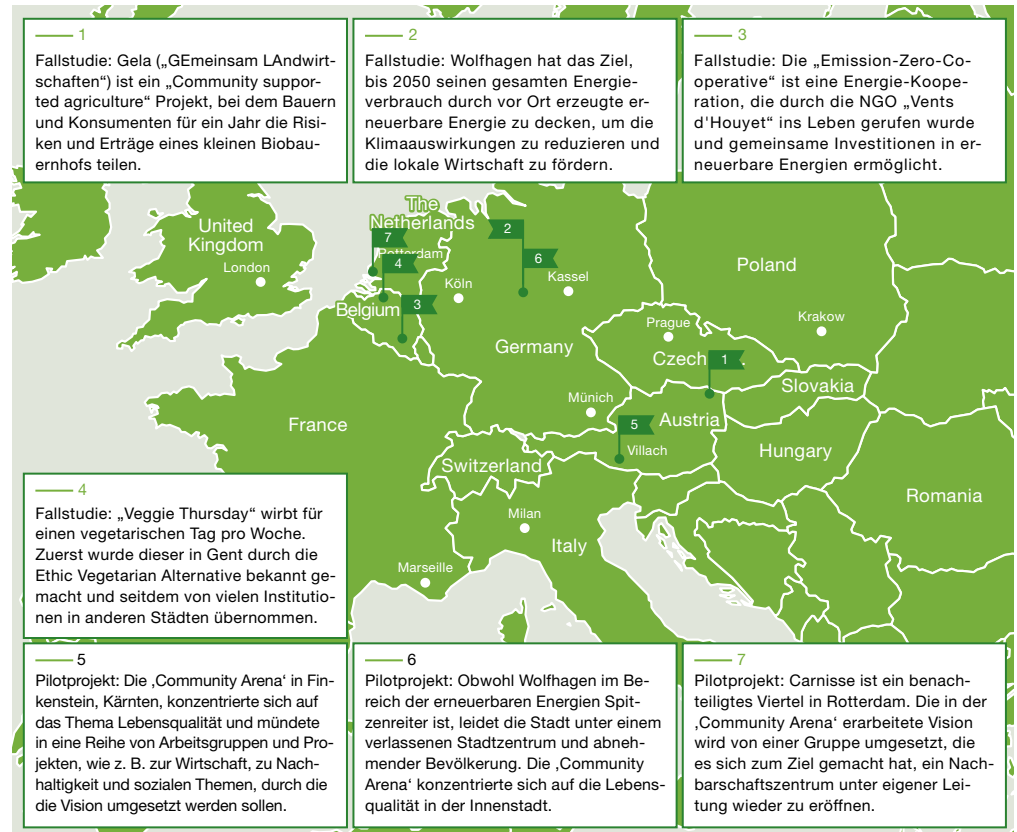
Die Kooperation mit Nachhaltigkeitsinitiativen kann Kommunen dabei helfen, gesellschaftliche Veränderungen und deren Auswirkungen auf die eigene Gemeinde besser zu verstehen. Viele der Initiativen verfolgen ähnliche Ziele wie die nationalen Regierungen. Initiativen für nachhaltige Nahrungsmittelproduktion können z. B. zur Erreichung nationaler Gesundheits- und Umweltziele beitragen. Kommunen können sich auf diese Weise mit neuen Ideen vertraut machen, wie man diese Ziele umsetzen kann. Weiterhin können sie wichtiges „Insider-Wissen“ über die Bedürfnisse ihrer Gemeinde erhalten, die möglicherweise bis dato unbekannt waren. Zusammengefasst kann der Austausch mit Projekten, die auf alternative Lebensweisen abzielen, den Kommunen helfen, ein aktiver Spieler bei den Veränderungen in ihrer Gemeinde zu sein und so relevant zu bleiben.

Dialog und Kooperation können auf vielerlei Weise angestoßen werden. Eine Möglichkeit für ein strukturierteres Verfahren ist die ‚Community Arena‘. Zu allererst ist es das Ziel der Arena, einen Raum zu schaffen, indem die Beteiligten eine Zukunftsvision für ihre Gemeinde erarbeiten und Bereiche für erste Umsetzungsschritte benennen können. Die ‚Community Arena‘ basiert auf den Prinzipien des ‚transition management‘, das entworfen wurde, um die Transformation hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft zu beeinflussen. Die zugrunde liegende Annahme ist, dass die heutige Gesellschaft vor einer Vielzahl von komplexen Problemen steht. Diese Probleme zeichnen sich durch ihre Verknüpfung mit Normen und Werten aus, werden von Unsicherheiten geprägt und betreffen viele verschiedene Akteure. Im ‚Transition Management‘ geht man davon aus, dass diese Herausforderungen nur durch einen umfassenden strukturellen und kulturellen Wandel erfolgreich angegangen werden können.

Weiterführende Literatur:
The community arena.
Methodological guidelines

Der folgende Abschnitt beschäftigt sich mit einigen Elementen der ‚Community Arena‘ und beschreibt wie diese beim Austausch zwischen Kommunen und Nachhaltigkeitsinitiativen genutzt werden können.

Abbildung 1:
Überblick über die Pilotprojekte
und Fallstudien von InContext



3 Raus aus dem Rathaus

Gemeinsames Engagement erwächst aus geteilter Verantwortung

Wenn Kommunen mit engagierten Bürgern zusammenkommen, sollten alle Akteure zusammenarbeiten und ihre jeweiligen Erfahrungen einbringen. Im ‚Transition Management‘ geht man davon aus, dass gemeinsames Engagement aus geteilter Verantwortung erwächst. Beim Arbeiten in Richtung Nachhaltigkeit sollten sich die Kommunen nicht frühzeitig auf eine begrenzte Agenda festlegen, sondern die Vielfalt in ihrer Gemeinde respektieren und die Optionen im Prozess offenhalten. So können die Bürgerinnen und Bürger die Probleme anbringen, die sie als die wichtigsten empfinden, ohne dass die Kommunalvertreter diese vor definieren. Die Pilotprojekte von InContext begannen mit einer offenen Agenda. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Prozesses—hauptsächlich Bürgerinnen und Bürger—legen die Prioritäten und Themen für die Diskussion fest. Der Ansatz ließ den Beteiligten zunächst Raum für eine Diskussion ohne Einfluss der Kommune. Zu einem späteren Zeitpunkt wurde dann der regelmäßige Austausch zwischen den Prozessteilnehmer/innen und Kommunalvertreter/innen ermöglicht.

Veränderung beginnt mit Menschen, Institutionen können folgen

EINE AUSZEIT VON DER EIGENEN ROLLE NEHMEN

In eher traditionellen Beteiligungsprozessen sind die Kommunalvertreter/innen und Bürger/innen in der Regel stark an die ihnen zugewiesenen Rollen gebunden. Diese Rollen beinhalten oft bestimmte Erwartungen, Annahmen und Überzeugungen—manchmal auch Vorurteile. Um innovative Lösungen mit neuen Formen der Beteiligung zu finden, braucht es eine andere Art der Zusammenarbeit. Es erfordert das Heraustreten aus eingefahrenen Denkmustern sowie den Begrenzungen, die durch die Institution, die man vertritt, vorgegeben sind.

Um den Akteuren die Möglichkeit zu geben, sich ihrer Überzeugungen und Annahmen bewusst zu werden, ist es hilfreich, sich in einem Klima des Respekts und unterstützt durch erfahrene Moderatoren auszutauschen. Das grundlegende Ziel des Gesprächs ist es, ein gemeinsames Verständnis der Probleme und der Ziele der Gemeinde zu entwickeln. Die Suche nach maßgefertigten Lösungen kann im zweiten Schritt folgen.

In der ‚Community Arena‘ treffen sich Leute als Individuen, mit ihren Werten, Emotionen und Hoffnungen auf der einen und ihrem institutionellen Hintergrund auf der anderen Seite. Es ist im übertragenen und auch im physischen Sinne ein „geschützter Raum“: Die Treffen sollten auf neutralem Boden stattfinden—außerhalb des Rathauses! Vorausgesetzt, dass es im lokalen Kontext sinnvoll ist und sowohl die Moderatoren als auch die Teilnehmer/innen damit einverstanden sind, kann dieser Raum auch genutzt werden, um die zugrunde liegenden Bedürfnisse der Teilnehmer/innen zu erkunden, die zu einem bestimmten Verhalten führen. Eine Möglichkeit ist, zwischendurch Fragen, wie z. B. „Warum ist das wichtig für Sie?“ zu stellen.

Österreichs erstes solidarisches Landwirtschaftsprojekt



Die Organisatoren sollten genau angeben, was sie mit dem Prozess erreichen wollen und wo die Grenzen sind

ERWARTUNGEN ABGLEICHEN

In vielen Beteiligungsverfahren sind den Teilnehmerinnen und Teilnehmern das Ziel und die Art der Beteiligung sowie das mögliche Ergebnis nicht klar. Unklarheiten über diese grundlegenden Fragen können zu Missverständnissen und Frustration führen. Um dies zu vermeiden, sollten Erwartungen zu Beginn des Prozesses abgeglichen werden.

Die Veranstalter/innen sollten Erwartungen bezüglich aller Grundelemente des Prozesses, einschließlich der Fragen „wer“ (Interessenvertreter, aktive Bürger/innen, Politiker/innen oder Verwaltungskräfte), „warum“ (Information, Planung, Legitimation

von Entscheidungen oder freie Gestaltung), „wo“ und „wie“, klären. Auch wenn dies selbstverständlich erscheinen mag, zeigt die Erfahrung mit Beteiligungsprozessen doch, dass Erwartungen nur selten explizit angesprochen werden. Oft handeln Akteure entsprechend ihrer individuellen Annahmen und glauben, dass diese von allen Anderen geteilt werden. Alle Parteien sollten daher mögliche Einschränkungen für ihr Engagement, vor allem im Hinblick auf Zeit und finanzielle Zwänge, offen diskutieren. Z. B. informierten die Moderatoren bei den ‚Community Arena‘ Prozessen von InContext, die Teilnehmer/innen zu Beginn, ob und in welchem Umfang Geld zur Verfügung stand, um konkrete Ideen der Teilnehmer/innen in die Praxis umzusetzen.

DIE KRAFT VON ZUKUNFTSVISIONEN

Eine gemeinsame Vision für die Gemeinde zu entwickeln, kann Gruppen zusammenschweißen und ihnen eine gemeinsame Richtung geben

Viele Herausforderungen, denen Stadtverwaltungen gegenüberstehen und die lokale Projekte anzugehen versuchen, sind von Natur aus komplex und haben keine vorgefertigte Lösung. Stattdessen müssen mögliche Lösungen in einem gesellschaftlichen Lernprozess gefunden werden. Dieser muss sowohl systematisches Ausprobieren nach dem Prinzip ‚trial and error‘ als auch eine Nachsteuerung zulassen. Zweifellos ist diese Reise nicht immer einfach, ganz gleich, wie gut die Parteien die Position der anderen verstehen oder wie gut der Prozess moderiert wird. Menschen werden unterschiedlicher Meinung darüber sein, was gut für ihre Gemeinde ist.

In den ‚Community Arena‘ Prozessen von InContext hat die Erarbeitung einer Vision, wie die Gemeinde sich langfristig entwickeln sollte, dabei geholfen, Gruppen zusammenschweißen. Eine Zukunftsvision stellt die Handlungen der involvierten Bürger und Aktivisten in einen größeren Zusammenhang. Sie wird durch sogenanntes ‚Backcasting‘ ermittelt. Im Backcasting ‚begeben‘ sich die Teilnehmer in eine wünschenswerte Zukunft (z. B. 2050). Von dort blicken sie auf die Gegenwart zurück und eruieren, welche Maßnahmen unternommen wurden, um diese Zukunft Realität werden zu lassen. Die notwendigen Maßnahmen, die auf diese Weise identifiziert werden, können dann zu konkreten Projekten für die nächste Zeit werden. Im Gegensatz zu konventionellen Entscheidungsprozessen, die oft nur eine Amtsperiode weit reichen, erlaubt es die gemeinsam entwickelte Vision den Menschen, über ihre unmittelbaren Interessen hinauszudenken. In der Vision können langfristige Ziele gesetzt werden, z. B. für den Umweltschutz, auch wenn diese im Alltag noch nicht sofort umgesetzt werden können.

Weiterführende Literatur:
Pilot project reports for year
1, 2 and 3

Bild aus dem Visionsdokument
für Carnisse



4 Probleme und Grenzen

„Community Arenas“
helfen bei der Ideenfindung;
es sind keine
Entscheidungsgremien

FRAGEN DER DEMOKRATISCHEN LEGITIMATION

Wie öffentliche Entscheidungen getroffen werden und inwieweit die Entscheidungsfindung repräsentativ ist, sind Kernfragen der Demokratie. Behörden können daher in Frage stellen, ob engagierte Bürger/innen überhaupt berechtigt sind, über Belange der Gemeinde mitzuentcheiden. Aus Sicht von Politikern oder öffentlichen Bediensteten können Bürgerinitiativen ambivalent sein: Auf der einen Seite handelt es sich um engagierte Bürger/innen, die Unterstützung verdienen. Auf der anderen Seite könnten die Projekte als Bedrohung für das eigene Selbstverständnis der gewählten Repräsentanten gesehen werden.

Fragen der demokratischen Legitimation sind wichtig und sollten nicht beiseite gefegt werden. Allerdings übernehmen die Initiativen keine öffentlichen Aufgaben. Stattdessen thematisieren sie Fragen, die übersehen wurden oder treten in Lücken, die von überlasteten Kommunen (oder nationalen Behörden) zurückgelassen werden. Durch den Kontakt mit den Initiativen können Kommunalregierungen ihre Kenntnisse erweitern und bessere Möglichkeiten finden, ihre Aufgaben wahrzunehmen und auf die Bedürfnisse der Gemeinde einzugehen.

Öffentliche Beteiligungsprozesse sind nie vollständig repräsentativ. ‚Transition Management‘ bildet hier keine Ausnahme. Wenn sie allerdings als ein Raum der Ideenfindung und nicht als Entscheidungsgremium verstanden werden, erhöht sich die Akzeptanz. Veranstalter/innen, Moderatorinnen und Moderatoren sowie die Teilnehmer/innen sollten die Frage der demokratischen Legitimation diskutieren. Sie sollten besprechen, wie die Prozessergebnisse einem größeren Kreis vorgestellt und wie konkrete Vorschläge an repräsentative Entscheidungsgremien wie den Stadtrat herangetragen werden können. In den Arena-Prozessen von InContext stellten zum Beispiel die Arbeitsgruppen ihre langfristigen Visionen in öffentlichen Veranstaltungen vor und luden die Mitbürger/innen zum Dialog ein.

VERANTWORTUNG FÜR ERGEBNISOFFENE PROZESSE ÜBERNEHMEN

Behörden werden für ihre Handlungen und die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen zur Rechenschaft gezogen. Volksvertreter/innen werden von den Wählern beurteilt, während Verwaltungsangehörige gegenüber ihren Vorgesetzten verantwortlich sind. Daher haben die Behörden ein Interesse daran, Ziele zu setzen und zu zeigen, wie öffentliche Gelder und Personalzeit investiert werden, um diese Ziele so effizient wie möglich zu erreichen. Selbst in Fällen, in denen kein öffentliches Geld ausgegeben wird oder Gelder für die hier beschriebenen Prozesse von anderen Regierungsebenen (z. B. der EU) kommt, können die Verantwortlichen für die Entscheidung, wen sie mit einbeziehen oder unterstützen, zur Rechenschaft gezogen werden.

Im Gegensatz dazu sind viele lokale Initiativen oder ‚Transition Management‘-Ansätze viel prozessorientierter. Ein Ziel von ‚Transition Management‘ z. B. ist es, Raum für engagierte Bürger/innen zu schaffen, um eine gemeinsame Vision zu entwickeln und ihre konkreten Ideen zur Verbesserung der Lebensqualität umzusetzen. Dieser Prozess hat per Definition einen offenen und experimentellen Charakter. Es ist daher weder wünschenswert noch möglich, im Voraus anzugeben, für welche konkreten Zwecke öffentliche Gelder ausgegeben werden. Darüber hinaus ist der hier beschriebene Ansatz tendenziell zeitaufwendiger und daher teurer (zumindest auf dem Papier) als die Umsetzung gewöhnlicher Top-Down-Ansätze. Kommunalbehörden engagieren sich also in teuren Prozessen, ohne direkte Kontrolle über deren Zielrichtung ausüben zu können.

Um ihre Entscheidungen zu rechtfertigen, müssen Kommunalbehörden die Vorteile von offenen Prozessen erklären, z. B. indem sie auf ähnliche Vorhaben in anderen Kommunen hinweisen. Es könnte hilfreich für Bürgerinitiativen und Kommunen sein, die möglichen Vorteile ergebnisoffener Prozesse gemeinsam zu diskutieren. Die relative Unberechenbarkeit eines ergebnisoffenen Prozesses kann zu neuen Erkenntnissen und Lösungen führen, die mit gewöhnlichen Planungsprozessen mit Experten nicht erreichbar gewesen wären. Zu dem Ansatz gehört es auch, Raum für Fehler zu schaffen, um aus diesen zu lernen. Zwar sind ergebnisoffene Prozesse sicher keine Lösung für alles, ihr experimenteller Charakter ermöglicht aber Lernprozesse bei allen Beteiligten und kann Bürger/innen darin bestärken, dass sie ihre Gemeinde mitgestalten können.

Weiterführende Literatur:
Pilot specific synthesis report

5 Vertrauensvolle Zusammenarbeit

Alle Nachhaltigkeitsinitiativen und -projekte sind verschieden und Kommunen müssen ihre Rolle jeweils zugeschnitten auf den individuellen Fall definieren. In den meisten Fällen wird die Initiative sich eine Kooperation wünschen, was auch für die Kommune Vorteile birgt. ‚Transition Management‘-Prozesse wie die ‚Community Arena‘, die in InContext entwickelt wurde, ermöglichen eine neue Form des Austausches, um die grundlegenden, strukturellen Probleme in Gemeinden anzugehen. Damit diese Prozesse fruchtbar sein können, müssen sie sorgfältig vorbereitet werden. Es ist notwendig, die engagierten Bürger/innen in den Prozess mit einzubeziehen. Die Zusammenarbeit zwischen engagierten Bürger/innen und den Kommunen sollte auf Augenhöhe stattfinden, so dass beide Parteien ihr Wissen, ihre Werte und ihre Ideen einbringen können. Die Natur des Miteinanders im ‚Transition Management‘ unterscheidet sich daher von traditionellen Formen des Regierens, die durch Expertenwissen und Hierarchie bestimmt werden. Entscheidend sind gegenseitiger Respekt, Ergebnisoffenheit und Kreativität.

GLOSSAR

Community Arena	Die ‚Community Arena‘ ist eine Methode zur Förderung nachhaltiger Verhaltensweisen in Kommunen. Sie führt Erkenntnisse des ‚Transition Management‘, dem ‚Backcasting‘ und der Sozialpsychologie zusammen. Eine Gruppe arbeitet gemeinsam daran, die aktuellen Herausforderungen zu verstehen, sich eine wünschenswerte Zukunft vorzustellen, konkrete Schritte zu identifizieren und erste Experimente durchzuführen, um diese in die Praxis umzusetzen. Die Methode ermöglicht einen Lernprozess für unterschiedliche Akteure auf dem Weg zu nachhaltigen Kommunen.
Nachhaltigkeitsinitiativen / Nischen	Ein (teilweise) geschützter Raum, um mit innovativen Praktiken zu experimentieren, gesellschaftliche Bedürfnisse zu erfüllen. Diese „alternativen“ Konsum- und Produktionsnischen stehen in der Regel im Widerspruch zu allgemein üblichen Konsum- und Produktionsmustern.
Transition	‚Transition‘, im Deutschen auch Transformation, kann als tiefgreifender, fortlaufender Prozess der Veränderung beschrieben werden, wobei sich die Strukturen einer Gesellschaft (oder einem komplexen Untersystem der Gesellschaft) verändern. ‚Transitions‘ sind weder uniform noch vorherbestimmt: Es gibt große Unterschiede in den Größenordnungen und den Zeiträumen, in denen solche Veränderungen stattfinden. ‚Transitions‘ beinhalten eine Bandbreite an möglichen Entwicklungspfaden, deren Richtung, Größenordnung und Geschwindigkeit durch politische Vorgaben beeinflusst, aber nie kontrolliert werden kann.
Transition Management	‚Transition Management‘ schlägt eine innovative Herangehensweise für den Umgang mit tiefgreifenden gesellschaftlichen Problemen vor. Der Ansatz baut auf der Komplexitätstheorie, sozialen Theorien und Erkenntnissen aus der Governance-Forschung auf. ‚Transition Management‘ hat zum Ziel, Raum für einen gesellschaftlichen Such- und Lernprozess zu öffnen und diesen Prozess zu moderieren.
Transition zu Nachhaltigkeit	Eine Transition zu Nachhaltigkeit beschreibt eine besondere Form der ‚transition‘, nämlich eine radikale Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft als Antwort auf die drängende Probleme, vor denen die moderne Gesellschaft steht (z. B. Klimawandel, Ressourcenknappheit, Überalterung oder Folgen der Globalisierung).
Vision	Eine Vision beschreibt eine wünschenswerte Zukunft.

Die Autoren bedanken sich beim InContext-Konsortium und dem wissenschaftlichen Beirat für wertvolle Kommentare zu früheren Fassungen dieses Kurzdossiers.